

LINKS - KPO JOSEFSTADT

Namens LINKS-KPÖ Josefstadt stellt Bezirksrat Herbert Fuxbauer, gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2021 folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich für eine dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes von 55 auf mindestens 70 Prozent des letzten Einkommens aus.

Begründung

Die Covid-19-Krise lässt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weiter steigen. (siehe AMS – Arbeitsmarktdaten) Eine Auswirkung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist, dass Menschen weniger Geld zur Verfügung haben. Die Nettoersatzrate liegt bei 55 Prozent, damit liegt Österreich im EU-Vergleich auf einem der letzten Ränge (Schnitt: 64%. Siehe <https://data.oecd.org/benwage/benefits-in-unemployment-share-of-previous-income.htm>).

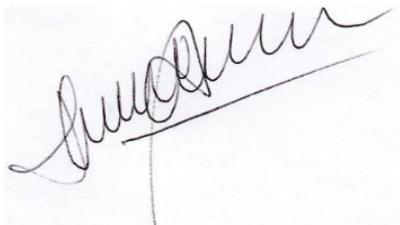
Mit der Zahl der Arbeitslosen ist auch die Dauer der Arbeitslosigkeit dramatisch gestiegen. Zugleich stehen die Chancen auf einen neuen Job sehr schlecht, bei aktuell nur 65.000 offenen Stellen. Eine Einmalzahlung kann die Erhöhung des Arbeitslosengelds nicht ersetzen, weil die Betroffenen in jedem Monat ihre Familien erhalten und die Miete zahlen müssen. Auch in der Josefstadt sind statistisch gesehen, über eintausend Menschen unmittelbar von Arbeitslosigkeit betroffen und weitere eintausend Josefstädter*innen von Kurzarbeit. (siehe Statistik Austria: Erwerbstätige nach beruflicher Stellung und Geschlecht).

LINKS-KPÖ JOSEFSTADT

Das Arbeitslosengeld wird von den Einnahmen der Arbeitslosenversicherung – welche vom AMS verwaltet werden – getragen. Die Einnahmen aus dieser Versicherung überstiegen in der Vergangenheit die Ausgaben. 2014 wurden insgesamt 6 Milliarden eingenommen, die Ausgaben hingegen betrugen 5,3 Milliarden. Von diesen 5,3 Milliarden wurden 2,1 Milliarden für sogenannte „Aktive und aktivierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ sprich Schulungen und Lohnsubventionen ausgegeben. (Sozialstaat Österreich 2016; Seite 70). Jahrelang wurden die Überschüsse in andere Sozialsysteme transferiert. 2014 unter anderem in das Kranken- und Pensionssystem. (Sozialstaat Österreich 2016; Seite 40).

Daher ist eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes dringend notwendig und auch aus Gründen der Ressourcenverteilung geboten.

Für LINKS-KPÖ Josefstadt



BR Herbert Fuxbauer